

Stellungnahme des Liechtensteiner Seniorenbundes (LSB) zum Vernehmlassungsbericht der Regierung betreffend Massnahmen zur langfristigen finanziellen Sicherung der AHV vom 16. Juni 2020

Rückblick

Die gesetzlichen Grundlagen der AHV sind seit deren Einführung im Jahr 1954 immer wieder verändert und angepasst worden. Die AHV stellt einen Lohnersatz im Alter dar und muss das Existenzminimum sichern (Interview Walter Kaufmann, Direktor der AHV, im Volksblatt, Juni 2020). Aus dieser Definition wird klar, weshalb die AHV heute unbestritten eines der wichtigsten Sozialwerke darstellt, obwohl bei der Volksabstimmung im Jahr 1952 noch 46,5% der Wähler gegen die Einführung des AHV-Gesetzes gestimmt hatten (1574 JA, 1366 NEIN).

In den letzten Jahren wurden verschiedene Gesetzesänderungen unter dem Titel der Sicherung der AHV vorgelegt, wobei es sich aber jeweils zu einem Gutteil um Massnahmen zur Entlastung des Staatshaushaltes handelte.

Bis 2003 konnten die Ausgaben (Rentenleistungen) jeweils durch die Beitragsleistungen (ohne Staatsbeitrag und Vermögenserträge aus dem AHV-Fonds) gedeckt, der Staatsbeitrag und die Vermögenserträge so dem AHV-Fonds zugewiesen werden. Ab 2003 blieben die Beiträge hinter den Rentenauszahlungen zurück. Im Jahr 2019 bspw. konnten rund 88% der ausbezahlten Renten durch Lohnbeiträge gedeckt werden.

Als Ursache für diese Entwicklung und die daraus folgenden schlechten Prognosen für die Entwicklung des AHV-Fonds wurde zur Hauptsache die demografische Entwicklung, die steigende Lebenserwartung und der bevorstehende Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge ins Rentenalter, diskutiert. Inwieweit auch andere Faktoren, wie etwa die moderate Entwicklung der Löhne und Gehälter in den vergangenen 20 Jahren die Höhe der Beitragsleistungen beeinflusst haben, ist nicht geklärt. Eindeutig aber haben die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 die AHV bzw. die Lohnbeiträge sowie die Vermögenserträge stark beeinträchtigt.

In Folge ergaben sich daraus für die AHV weitere Konsequenzen, da der Staatshaushalt saniert werden musste und dazu der Staatsbeitrag an die AHV neu geregelt, mit anderen Worten massiv gesenkt wurde. Im Jahr 2011 (BuA Nr. 61/2011 bzw. Nr. 107/2011) wurde der Staatsbeitrag, dessen Höhe bis dahin an die Ausgabenentwicklung der AHV gekoppelt

war (Übernahme von 20% der Ausgaben) auf einen Festbetrag von 50 Mio. CHF pro Jahr, mit einer jährlichen Steigerung um 2 Mio. CHF festgelegt, was den Staatshaushalt im Jahr 2015 bereits um 15 Mio. Franken entlastet hat. **Diese Entkoppelung stellt für die AHV sicher eine der einschneidendsten Massnahmen dar.**

Um die Mindereinnahmen für die AHV zu kompensieren, wurden die Beitragssätze von 7.6% auf 7.8% angehoben, die Kürzungssätze beim Rentenvorbezug erhöht und die Anpassung (Teuerungsausgleich) der Renten auf der Grundlage des Preisindex und nicht mehr des Mischindex (Lohn- und Preisindex) festgelegt.

Da der Landtag jedoch die Festlegung des Staatsbeitrages auf 50 Mio. CHF nur bis 2017 bestätigte, musste ab 2018 eine neue gesetzliche Grundlage geschaffen werden.

Im Jahr 2015/2016 (BuA Nr.108/2015 bzw. Nr. 40/2016) wurde sodann für den Staatsbeitrag eine gesetzliche Grundlage geschaffen und dieser schlussendlich auf jährlich 30 Mio. CHF, indexiert, festgelegt (nachdem die Regierung zunächst nur 20 Mio. CHF vorgeschlagen hatte).

Zur Kompensation dieser neuerlichen Mindereinnahmen für die AHV wurde der Beitragssatz von 7.8% auf 8.1% und das Rentenalter auf 65 Jahre erhöht und eine vorübergehende Aussetzung des Teuerungsausgleiches auf die Renten im Umfang von 4% vorgeschlagen.

Das versicherungstechnische Gutachten der LIBERA AG (in BuA Nr.138/2019) zeigte nun auf, dass so die gesetzliche Vorgabe, dass der AHV-Fonds in 20 Jahren noch die Höhe von 5 Jahresausgaben aufweisen muss, nicht erreicht, sondern knapp verfehlt wird. Im Gutachten wurden verschiedene Massnahmen aufgezeigt, wie das gesetzliche Erfordernis eingehalten werden kann, nämlich durch Erhöhung des Rentenalters, Erhöhung des Staatsbeitrages, Erhöhung des Beitragssatzes oder einer Kombination mehrerer Massnahmen. Im vorliegenden Vernehmlassungsbericht schlägt die Regierung vor, welche **Massnahmen** nun konkret ergriffen werden sollen, nämlich eine **Einmaleinlage von 100 Mio. Franken in den AHV-Fonds** Ende 2020 und die neuerliche **Erhöhung des Beitragssatzes von 8.1% auf 8.7%** ab dem Jahr 2024.

Vorgeschlagene Massnahmen der Regierung zur Sicherung des AHV-Fonds:

A EINMALEINLAGE VON 100 MIO. FRANKEN

Im Vernehmlassungsbericht vom 16. Juni 2020 schlägt die Regierung vor, per Ende 2020 100 Mio. Franken in den AHV-Fonds einzulegen. Wie sie auf Seite 13 ausführt, hätte diese Massnahme eine Verbesserung des Verhältnisses von Fonds zu Jahresausgaben bis 2038 um 0.23 Einheiten zur Folge, d.h. das Verhältnis würde von 4.26 (aktuelle Gesetzeslage) auf 4.49 erhöht. Diese Einmaleinlage bzw. dieser ausserordentliche Staatsbeitrag müsse ausserdem nicht in Form von Bargeld, sondern könne auch durch Übertragung von Wertschriften erfolgen.

Demgegenüber hätte eine Erhöhung des Staatsbeitrages um jährlich 10 Mio. Franken gemäss BuA Nr.138/2019 eine Verbesserung des Verhältnisses von Fonds zu Jahresausgabe auf 4.65 Einheiten zur Folge. Der Vorteil einer Erhöhung des Staatsbeitrages um 10 Mio. Franken zeigt sich aber in der längerfristigen Betrachtung: während im Jahre 2058 bei aktueller Gesetzeslage das Verhältnis Fonds zu Jahresausgabe negativ bei - 0.72 Einheiten liegt, wird es bei einer Einmaleinlage zwar leicht verbessert, liegt aber mit - 0.42 Einheiten immer noch im negativen Bereich. Bei einer Erhöhung des Staatsbeitrages um 10 Mio. Franken steigt das Verhältnis auf 0.19 Einheiten, d.h., die AHV hätte bis 2058 noch knapp 20% einer Jahresausgabe in Reserve. Das ist auch nicht weiter verwunderlich, da der AHV mit einem um 10 Mio. Franken erhöhten Staatsbeitrag über die betrachtete Zeitspanne bis 2058 wesentlich mehr Mittel zufließen als mit einer Einmaleinlage von 100 Mio. Franken (beiliegende Tabelle zeigt eine Übersicht der hier diskutierten Einflussfaktoren auf den AHV-Fonds).

Die Regierung führt aus (Seite 12), dass eine ausserordentlich gute Ertragslage des Staates im laufenden Jahr und ein zusätzlicher ausserordentlicher Steuerertrag von 220 Mio. Franken eine solche Einmaleinlage von 100 Mio. Franken erlauben, auch wenn in Folge der Corona-Krise mit weiteren Aufwendungen gerechnet werden muss. Gerade aber wegen der Corona - Krise seien wahrscheinlich in einigen Folgejahren deutliche Einbrüche bei den Steuereinnahmen zu erwarten. In dieser Situation sei die Erhöhung des jährlichen Staatsbeitrages besonders ungünstig und eine Einmaleinlage daher vorzuziehen. Das mag aus der Sicht des Staatshaushaltes zutreffen, nicht aber aus Sicht der AHV, mindestens dann nicht, wenn eine nachhaltige Stabilisierung des AHV-Fonds auch nach 2038 das Ziel ist.

Die Regierung wiederholt auf Seite 14 ihre schon in früheren Berichten und Anträgen (Nr.138/2019, Nr. 108/2015) angeführten Argumente gegen die jährliche Erhöhung des Staatsbeitrages, dass damit auf der einen Seite ein

– zumindest teilweiser – Export von Steuermitteln ins Ausland erfolge (räumt aber ein, dass dies auch bei einer Einmaleinlage zutreffe), auf der anderen Seite stosse der Gedanke, die AHV auch weiterhin aus Staatsmitteln zu unterstützen, an Grenzen. Die AHV laufe dem Staat davon, das Ausgabenvolumen der AHV werde in 20 Jahren, im Jahr 2040, 700 Mio. Franken erreichen und es wäre eine grosse Belastung für den Staatshaushalt, wenn dieser einen substanziellen Teil davon jährlich mitfinanzieren müsste.

Keine Koppelung Staatsbeitrag - Ausgaben AHV

Zum letzteren Argument ist anzumerken, dass damit suggeriert wird, dass sich der Staat an den sich laufend erhöhenden Ausgaben der AHV anteilmässig beteiligen müsse. Das gerade eben trifft aufgrund der eingangs beschriebenen im Jahr 2011 erfolgten Entkoppelung des Staatsbeitrages von der Ausgabenentwicklung der AHV nicht zu. Der Staatsbeitrag muss nicht einen bestimmten Prozentsatz der Ausgaben der AHV abdecken (bis 2011 waren dies 20 %), sondern wurde im Jahr 2015/2016 auf einen fixen Betrag von jährlich 30 Mio. Franken (indexiert) festgelegt. Im Jahr 2040 beträgt der Staatsbeitrag also nicht 140 Mio. Franken (20% der Ausgaben), sondern gemäss Modellrechnung der LIBERA (heutige Gesetzeslage) 37.3 Mio. Franken, was rund 5.3% der Ausgaben entspricht. Für das Jahr 2058 prognostiziert die LIBERA Ausgaben der AHV von rund 847 Mio. Franken und einen Staatsbeitrag von 44.7 Mio. Franken (5.3% der Ausgaben). Die Steigerung auf diese 44.7 Mio. Franken im 2058 ergibt sich aus der Indexierung, wodurch eine Teuerung abgegolten wird (siehe Anhang 1).

Anders verhält es sich in der Schweiz: auf das Jahr 2020 wurde der Anteil der aus öffentlichen Geldern gedeckten Ausgaben der AHV (Schweiz) von 19.9% auf 20.2% erhöht.

Staatsbeitrag – Export von Steuermitteln ins Ausland?

Zum ersteren Argument (Seite 14), dass immer mehr Rentner im Ausland wohnen und der Staatsbeitrag auch der Deckung des Umlagedefizites diene und somit mit einem teilweisen Export von Steuermitteln ins Ausland gleichzusetzen sei, möchte der Seniorenbund Folgendes anmerken:

Wenn sich im Land wohnhafte Rentner entschliessen, ihren Lebensabend im Ausland zu verbringen (wo möglicherweise die Lebenshaltungskosten niedriger sind als hierzulande), ist das ihr gutes Recht; darüber hinaus haben sie in ihren Erwerbsjahren im Land auch Steuern gezahlt und zum Aufbau des Staatsvermögens beigetragen.

Auch die pensionierten Grenzgänger haben zur Wirtschaftsleistung des Landes beigetragen und zum Teil über die Quellensteuer persönliche Steuerbeiträge entrichtet. Es ist zwar richtig, dass die (pensionierten) Zupendler rund zwei Drittel der AHV-Rentner ausmachen, trotzdem entfällt nur ein Drittel der Ausgaben, also der Rentenleistungen, in Frankenbeträgen an Zupendler aufgrund der Tatsache, dass diese meist keine vollständige Rentenkarriere in Liechtenstein aufweisen. Hinzu kommt noch, dass die (erwerbstätigen) Zupendler mehr als die Hälfte der Lohnbeiträge aufbringen, wie im Geschäftsbericht der AHV 2017 (Seite 30) nachzulesen ist. Von den 2017 ausbezahlten rund 289 Mio. Franken an AHV-Renten sind also rund ein Drittel, nämlich rund 96 Mio. Franken, ins Ausland geflossen. Demgegenüber stammt von rund 235 Mio. Lohnbeiträgen mehr als die Hälfte, nämlich ca. 118 Mio. Franken, von Zupendlern. Anders ausgedrückt haben Zupendler mehr Geld, rund 22 Mio. Franken, in die AHV eingezahlt als ihnen ausbezahlt worden ist. Das Gutachten der LIBERA (Seite 25) geht in seiner Prognose auch weiterhin von einem Zuwachs bei den Pendlern aus, wenn auch bis 2040 mit einem schwächeren als in den letzten Jahren, aber jedenfalls ist damit zu rechnen, dass wie bisher nicht nur AHV-Renten an Pendlern ausbezahlt, sondern gleichzeitig von Pendlern auch Lohnbeiträge an die AHV abgeführt werden.

Ganz abgesehen davon, dass sich die Zupendler mit ihren Beitragsleistungen einen Rechtsanspruch erworben haben, hält es der LSB aus obigen Überlegungen nicht für statthaft, eine Erhöhung des Staatsbeitrages unter dem Vorwand von ins Ausland abfliessenden Steuermitteln abzulehnen.

B ERHÖHUNG DES BEITRAGSSATZES VON 8.1% AUF 8.7%

Wie ausgeführt, reicht eine Einmaleinlage von 100 Mio. Franken (und auch eine Erhöhung des Staatsbeitrages um jährlich 10 Mio. Franken) allein nicht aus, um das gesetzliche Erfordernis der Höhe des AHV-Fonds in 20 Jahren im Umfang von 5 Jahresausgaben zu erreichen.

Daher schlägt die Regierung die Erhöhung des Beitragssatzes um 0.6 Prozentpunkte vor, hälftig von Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu tragen (da zur Kompensation der Mehrbelastung die Beiträge für die FAK um 0.24% reduziert werden, resultiert jeweils eine Erhöhung des Beitragssatzes um 0.18%). Damit könnte die gesetzliche Zielvorgabe bereits erreicht werden.

Die Regierung strebt aufgrund von Unwägbarkeiten (Entwicklung der Kapitalmärkte, Auswirkung der durch die Corona-Krise bedingten Rezession auf die AHV-pflichtige Lohnsumme) nicht nur das gesetzliche Minimum an, sondern will das Verhältnis AHV-Fonds zu Jahresausgaben etwas stärker verbessern, was im Grundsatz als richtig zu erachten ist (nicht nur, weil ein neuer Mechanismus bezüglich des Teuerungsausgleichs für die laufenden AHV-Renten zu diskutieren ist). Die Regierung wählt dazu die Kombination beider Massnahmen, also der Einmaleinlage von 100 Mio. Franken und der Beitragserhöhung auf 8.7%. Damit kann das Verhältnis bis 2038 auf 5.22 Prozentpunkte (2058: 1.69) angehoben werden.

Der Seniorenbund seinerseits zieht eine Erhöhung des jährlichen Staatsbeitrages um 10 Mio. Franken in Kombination mit einer Beitragssatzerhöhung auf 8.7% vor, wodurch das Verhältnis auf 5.38 Prozentpunkte (2038) verbessert wird und selbst 2058 noch bei 2.3 liegt. Diese beiden Massnahmen tragen langfristig zu einer höheren Stabilität des AHV-Fonds bei.

Der Seniorenbund weist auch darauf hin, dass bei Verwendung der effektiven Ergebnisse des Jahres 2019, das mit rund 255 Mio. Franken ausserordentlich hohe Vermögenserträge verzeichnete (wodurch die Verluste vom Vorjahr 2018 von rund 115 Mio. Franken kompensiert werden konnten), dazu höhere Lohnbeiträge generierte als von der LIBERA für 2019 prognostiziert (rund 268 Mio. statt rund 259 Mio. Franken) und auch niedrigere Ausgaben auswies als prognostiziert (304 Mio. statt 310 Mio. Franken), als Basisjahr in der Modellrechnung der LIBERA das Verhältnis AHV-Fonds zu Jahresausgabe eine deutlich positivere Entwicklung zeigt (siehe Tabelle Übersicht und Anhang 2).

Tabelle Übersicht (in Mio. CHF)									
Jahr	KAPITAL		KAPITAL		KAPITAL		Jahr	KAPITAL	
	Ende Jahr	Verhältnis Fonds zu Jahres ausgabe	Ende Jahr	Verhältnis Fonds zu Jahres ausgabe	Ende Jahr	Verhältnis Fonds zu Jahres ausgabe		Ende Jahr	Verhältnis Fonds zu Jahres ausgabe
	heutige Gesetzeslage		100 Mio Einmaleinlage		10 Mio SB				
2038	2844.63	4.26	2996.69	4.49	3104.99	4.65	2038	3506.75	5.30
2058	-605.58	-0.72	-356.53	-0.42	158.05	0.19	2058	854.01	1.02
	8.4% BS		100 Mio Einmaleinlage, 8.4% BS		10 Mio SB, 8.4% BS			8.4% BS	
2038	3091.32	4.63	3243.21	4.86	3351.68	5.02	2038	3753.59	5.68
2058	300.13	0.35	548.47	0.65	1063.77	1.26	2058	1760.09	2.09
	8.7% BS		100 Mio Einmaleinlage, 8.7% BS		10 Mio SB, 8.7% BS			8.7% BS	
2038	3330.94	4.99	3483.07	5.22	3591.3	5.38	2038	4003.88	6.06
2058	1179.77	1.39	1429.11	1.69	1943.4	2.30	2058	2672.57	3.18
	LIBERA Prognose mit realem Basisjahr 2018								
	LIBERA Prognose Basisjahr 2019, effektives Ergebnis								

ANHANG 1		Entwicklung des AHV-Fonds in Mio. CHF (Aktuelle Gesetzeslage)						
JAHR	AUSGABEN	EINNAHMEN				KAPITAL		
		BEITRÄGE	STAATS BEITRAG	KAPITAL ERTRÄGE	TOTAL	Jährliche Veränderung	Stand Ende Jahr	Fonds im Verhältnis zu Jahresausgabe
2003	156.19	153.29	35.50	108.98	297.77	141.58	1'834.99	11.74
2004	163.10	158.01	36.86	58.28	253.15	90.05	1'925.04	11.80
2005	172.27	166.59	38.71	198.66	403.96	231.69	2'156.73	12.51
2006	179.10	177.08	40.18	98.39	315.65	136.55	2'293.28	12.80
2007	190.58	187.35	44.58	5.08	237.01	46.43	2'339.71	12.27
2008	198.69	198.24	46.63	-345.30	-100.43	-299.12	2'040.59	10.27
2009	213.80	208.89	49.67	233.09	491.65	277.86	2'318.45	10.84
2010	227.73	205.26	52.64	73.77	331.67	103.94	2'422.39	10.64
2011	234.94	201.87	54.39	-29.46	226.80	-8.14	2'414.25	10.28
2012	245.14	214.50	56.42	155.71	426.63	181.49	2'595.74	10.59
2013	253.83	217.69	58.21	129.32	405.22	151.39	2'747.13	10.82
2014	262.14	226.27	59.83	165.64	451.74	189.60	2'936.73	11.20
2015	270.98	227.04	50.00	-31.71	245.33	-25.65	2'911.08	10.74
2016	279.52	233.22	52.00	82.09	367.31	87.79	2'998.88	10.73
2017	288.68	235.20	54.00	171.99	461.19	172.51	3'171.39	10.99
2018	297.39	250.50	30.00	-114.41	166.09	-131.30	3'040.09	10.22
2019	310.84	259.37	30.30	76.00	365.67	54.84	3'094.93	9.96
2020	322.99	269.36	30.60	77.37	377.33	54.34	3'149.27	9.75
2021	335.83	279.22	30.91	78.73	388.86	53.03	3'202.30	9.54
2022	341.21	290.24	31.22	80.06	401.51	60.30	3'262.60	9.56
2023	354.61	299.88	31.53	81.57	412.97	58.36	3'320.97	9.37
2024	380.99	309.59	31.84	83.02	424.46	43.47	3'364.43	8.83
2025	396.52	319.12	32.16	84.11	435.39	38.87	3'403.30	8.58
2026	412.42	328.67	32.48	85.08	446.24	33.82	3'437.12	8.33
2027	441.56	338.10	32.81	85.93	456.84	15.28	3'452.39	7.82
2028	458.65	347.59	33.14	86.31	467.04	8.39	3'460.78	7.55
2029	476.12	356.95	33.47	86.52	476.94	0.82	3'461.60	7.27
2030	508.09	366.39	33.80	86.54	486.73	-21.36	3'440.24	6.77
2031	525.43	375.97	34.14	86.01	496.12	-29.31	3'410.92	6.49
2032	541.97	385.51	34.48	85.27	505.26	-36.71	3'374.22	6.23
2033	575.21	394.70	34.83	84.36	513.88	-61.33	3'312.89	5.76
2034	590.87	404.14	35.17	82.82	522.14	-68.73	3'244.15	5.49
2035	606.11	413.85	35.53	81.10	530.48	-75.63	3'168.52	5.23
2036	639.67	423.46	35.88	79.21	538.55	-101.12	3'067.41	4.80
2037	653.82	433.04	36.24	76.69	545.96	-107.86	2'959.55	4.53
2038	667.64	442.02	36.60	73.99	552.61	-115.03	2'844.52	4.26
2039	680.79	451.06	36.97	71.11	559.14	-121.65	2'722.87	4.00
2040	694.31	460.23	37.34	68.07	565.64	-128.67	2'594.20	3.74
2041	707.27	469.07	37.71	64.86	571.64	-135.63	2'458.57	3.48
2042	720.42	477.81	38.09	61.46	577.36	-143.06	2'315.51	3.21
2043	732.81	486.56	38.47	57.89	582.92	-149.89	2'165.62	2.96
2044	745.79	495.23	38.85	54.14	588.22	-157.57	2'008.05	2.69
2045	758.83	504.10	39.24	50.20	593.54	-165.29	1'842.77	2.43
2046	770.12	512.85	39.63	46.07	598.55	-171.57	1'671.20	2.17
2047	781.24	521.90	40.03	41.78	603.71	-177.53	1'493.67	1.91
2048	791.65	530.86	40.43	37.34	608.63	-183.02	1'310.66	1.66
2049	801.59	540.05	40.84	32.77	613.65	-187.94	1'122.72	1.40
2050	810.65	549.35	41.24	28.07	618.66	-191.99	930.73	1.15
2051	818.17	558.76	41.66	23.27	623.68	-194.49	736.25	0.90
2052	825.00	568.65	42.07	18.41	629.13	-195.87	540.38	0.66
2053	831.68	578.43	42.49	13.51	634.43	-197.25	343.13	0.41
2054	836.66	588.88	42.92	8.58	640.38	-196.28	146.85	0.18
2055	841.03	599.60	43.35	3.67	646.62	-194.41	-47.56	-0.06
2056	844.18	610.24	43.78	-1.19	652.83	-191.35	-238.91	-0.28
2057	845.86	621.09	44.22	-5.97	659.34	-186.52	-425.44	-0.50
2058	846.74	632.29	44.66	-10.64	666.32	-180.42	-605.86	-0.72

ANHANG 2		Aktuelle Gesetzeslage, Basisjahr 2019 (effektives Ergebnis)						
Jahr	Ausgaben	Einnahmen				Kapital		
		Beiträge	Staatsbeitrag	Kapitalerträge	Total	Jährliche Veränderung	Stand Ende Jahr	Fonds im Verhältnis zu Jahresausgabe
2003	156.19	153.29	35.50	108.98	297.77	141.58	1'834.99	11.74
2004	163.10	158.01	36.86	58.28	253.15	90.05	1'925.04	11.80
2005	172.27	166.59	38.71	198.66	403.96	231.69	2'156.73	12.51
2006	179.10	177.08	40.18	98.39	315.65	136.55	2'293.28	12.80
2007	190.58	187.35	44.58	5.08	237.01	46.43	2'339.71	12.27
2008	198.69	198.24	46.63	-345.30	-100.43	-299.12	2'040.59	10.27
2009	213.80	208.89	49.67	233.09	491.65	277.86	2'318.45	10.84
2010	227.73	205.26	52.64	73.77	331.67	103.94	2'422.39	10.64
2011	234.94	201.87	54.39	-29.46	226.80	-8.14	2'414.25	10.28
2012	245.14	214.50	56.42	155.71	426.63	181.49	2'595.74	10.59
2013	253.83	217.69	58.21	129.32	405.22	151.39	2'747.13	10.82
2014	262.14	226.27	59.83	165.64	451.74	189.60	2'936.73	11.20
2015	270.98	227.04	50.00	-31.71	245.33	-25.65	2'911.08	10.74
2016	279.52	233.22	52.00	82.09	367.31	87.79	2'998.88	10.73
2017	288.68	235.20	54.00	171.99	461.19	172.51	3'171.39	10.99
2018	297.39	250.50	30.00	-114.41	166.09	-131.30	3'040.09	10.22
2019	304.36	267.56	30.30	255.87	553.73	249.36	3'289.43	10.81
2020	316.51	277.55	30.60	82.24	390.39	73.88	3'363.31	10.63
2021	329.35	287.41	30.91	84.08	402.40	73.05	3'436.35	10.43
2022	334.73	298.43	31.22	85.91	415.55	80.82	3'517.18	10.51
2023	348.13	308.07	31.53	87.93	427.53	79.40	3'596.57	10.33
2024	374.51	317.78	31.84	89.91	439.54	65.03	3'661.60	9.78
2025	390.04	327.31	32.16	91.54	451.01	60.97	3'722.57	9.54
2026	405.94	336.86	32.48	93.06	462.41	56.47	3'779.04	9.31
2027	435.08	346.29	32.81	94.48	473.57	38.49	3'817.53	8.77
2028	452.17	355.78	33.14	95.44	484.35	32.18	3'849.72	8.51
2029	469.64	365.14	33.47	96.24	494.85	25.21	3'874.93	8.25
2030	501.61	374.58	33.80	96.87	505.25	3.64	3'878.57	7.73
2031	518.95	384.16	34.14	96.96	515.26	-3.69	3'874.88	7.47
2032	535.49	393.70	34.48	96.87	525.05	-10.44	3'864.45	7.22
2033	568.73	402.89	34.83	96.61	534.33	-34.40	3'830.04	6.73
2034	584.39	412.33	35.17	95.75	543.26	-41.13	3'788.91	6.48
2035	599.63	422.04	35.53	94.72	552.29	-47.34	3'741.57	6.24
2036	633.19	431.65	35.88	93.54	561.07	-72.12	3'669.45	5.80
2037	647.34	441.23	36.24	91.74	569.21	-78.13	3'591.31	5.55
2038	661.16	450.21	36.60	89.78	576.59	-84.57	3'506.75	5.30
2039	674.31	459.25	36.97	87.67	583.89	-90.42	3'416.33	5.07
2040	687.83	468.42	37.34	85.41	591.17	-96.66	3'319.66	4.83
2041	700.79	477.26	37.71	82.99	597.96	-102.83	3'216.83	4.59
2042	713.94	486.00	38.09	80.42	604.51	-109.43	3'107.40	4.35
2043	726.33	494.75	38.47	77.69	610.90	-115.43	2'991.98	4.12
2044	739.31	503.42	38.85	74.80	617.07	-122.24	2'869.74	3.88
2045	752.35	512.29	39.24	71.74	623.28	-129.07	2'740.67	3.64
2046	763.64	521.04	39.63	68.52	629.19	-134.45	2'606.22	3.41
2047	774.76	530.09	40.03	65.16	635.28	-139.48	2'466.74	3.18
2048	785.17	539.05	40.43	61.67	641.15	-144.02	2'322.72	2.96
2049	795.11	548.24	40.84	58.07	647.14	-147.97	2'174.75	2.74
2050	804.17	557.54	41.24	54.37	653.15	-151.02	2'023.73	2.52
2051	811.69	566.95	41.66	50.59	659.20	-152.49	1'871.24	2.31
2052	818.52	576.84	42.07	46.78	665.69	-152.83	1'718.42	2.10
2053	825.20	586.62	42.49	42.96	672.07	-153.13	1'565.29	1.90
2054	830.18	597.07	42.92	39.13	679.12	-151.06	1'414.23	1.70
2055	834.55	607.79	43.35	35.36	686.49	-148.06	1'266.18	1.52
2056	837.70	618.43	43.78	31.65	693.87	-143.83	1'122.34	1.34
2057	839.38	629.28	44.22	28.06	701.56	-137.82	984.52	1.17
2058	840.26	640.48	44.66	24.61	709.75	-130.51	854.01	1.02

